Europas Rechte schaut auf die Schweiz

Die SVP ist die erfolgreichste rechtspopulistische Partei des Kontinents. Möglich machen dies vor allem die Besonderheiten der schweizerischen Demokratie.

Von **Oliver Geden**

Die Schweizerische Volkspartei ist gegenwärtig die vergleichsweise mächtigste rechtspopulistische Partei Europas. Dieser Umstand wurde lange Zeit weder in der Schweiz noch im übrigen Europa in gebührendem Masse wahrgenommen. Selbst der Erfolg Christoph Blochers beim Asylgesetzreferendum hat in den Medien der Nachbarländer nur kurzfristig für Aufmerksamkeit gesorgt. Umso mehr allerdings interessieren sich die dortigen Rechtspopulisten mittlerweile für die Erfolge der SVP.

Im österreichischen Nationalratswahlkampf warben sowohl die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) als auch das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) mit dem Schweizer Abstimmungsergebnis für ihre Ausländerpolitik. Und trotz aller Abgrenzungsrhetorik seitens der SVP scheinen doch zumindest vorsichtige Arbeitskontakte zwischen ihr und der FPÖ zu existieren. So trat etwa der SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer vor wenigen Monaten in der Parteiakademie der FPÖ auf, um dort über europapolitische Fragen zu sprechen.

Die Tatsache, dass derzeit keine rechtspopulistische Partei Europas bei nationalen Parlamentswahlen höhere Stimmenanteile erreicht als die SVP im Jahr 2003 mit 26,7%, macht die Partei für die international vergleichende Rechtspopulismusforschung zu einem höchst interessanten «Sonderfall». Dies gilt ebenso und erst recht für den Umstand, dass die SVP auch nach dem Regierungseintritt Christoph Blochers nur wenig an Wählerzuspruch und Mobilisierungsfähigkeit verloren hat.

Methode «Wir» gegen «die anderen»

Lange Zeit galt es als sicher, dass rechtspopulistische Parteien bei Regierungsbeteiligungen auf nationaler Ebene rasant an Wählerzuspruch einbüssen, so etwa zu beobachten bei der FPÖ, der niederländischen Liste Pim Fortuyn oder der italienischen Lega Nord. Die Ursachen für die anhaltenden Wahlerfolge der SVP liegen jedoch nicht ausschliesslich in ihrem eigenen Handeln begründet, sondern zu einem grossen Teil auch im schweizerischen politischen System.

Zum besseren Nachvollzug dieser These empfiehlt sich zunächst ein Blick auf die strategische Herausforderung, vor der grundsätzlich jede populistische Partei steht. Den Mittelpunkt der Politik eines jeden populistischen Akteurs bildet stets der Versuch, eine fundamentale Konfliktlinie im politischen Feld zu etablieren.

Auf der einen Seite steht die imaginierte Einheit von «dem Volk» und seinem angeblich einzigen politischen Vertreter. Dieses «Wir» wird gegen «die anderen» in Stellung gebracht, eine Gruppe, die nicht nur die als «korrupt» diffamierten politischen und kulturellen Eliten umfasst, sondern auch die von diesen angeblich protegierten Minderheiten.

Dabei gibt der populistische Akteur vor, keine Eigeninteressen zu verfolgen, sondern lediglich «authentisch» und «kompromisslos» den Belangen der «schweigenden Mehrheit» Gehör verschaffen zu wollen. «Den anderen» dagegen wird vorgeworfen, ihren Eigennutz über das Wohl des Volkes zu stellen und so das Land in den Abgrund zu führen.

Empörung wird kalkuliert ausgenutzt

Die von Populisten dabei bevorzugt eingesetzten Mittel sind etwa ressentimentgeladene Dramatisierungen oder persönliche Beleidigungen. Sie dienen zumindest in der Aufstiegsphase auch dem Ziel, Ausgrenzungsreaktionen seitens der Etablierten zu provozieren.

Auf diese Weise gewinnt die Behauptung, das Establishment wolle über die «wahren Probleme» des Volkes nicht sprechen, bei den eigenen Sympathisanten deutlich an Glaubwürdigkeit. Der SVP-Politiker und Auns-Geschäftsführer Hans Fehr spricht in diesem Zusammenhang von einem kalkulierten Ausnutzen der «rituellen Empörung».

In Europa dominiert seit Mitte der 1980er-Jahre ein rechtsgerichteter Populismus, der vor allem auf fremdenfeindliche Ressentiments, nationalistische Parolen sowie auf einen ausgeprägten Wertekonservatismus setzt.

Im Mittelpunkt rechtspopulistischer Kampagnen steht in der Regel die Einwanderungspolitik, so auch bei der SVP. Deren Strategie besteht im Kern darin, den in breiten Bevölkerungsschichten zumindest latent vorhandenen Alltagsrassismus aufzugreifen und in die politische Sphäre zu tragen, was spätestens seit In-Kraft-Treten der Anti-Rassismus-Strafnorm als höchst illegitim gilt.

Der Vorwurf, ein stark vereinfachtes Bild zu zeichnen und sich der Komplexität der Migrationsproblematik zu verweigern, kontert die SVP mit dem selbstbewussten Verweis auf die vermeintliche Allgemeingültigkeit des «gesunden Menschenverstands». Dieser solle auch in der Politik endlich wieder zum unbedingten Massstab des Handelns werden.

Wo die Strategie, sich in Form und Inhalt als bodenständige Alternative zur «weltfremden ‹Classe politique›» zu präsentieren, über einen längeren Zeitraum hinweg erfolgreich ist und in eine Regierungsbeteiligung von rechtspopulistischen Parteien bzw. Politikern führt, machen sich meist schon bald Verfallserscheinungen breit. Im europäischen Normalfall einer Koalitionsregierung sind Populisten gezwungen, zahlreiche Kompromisse einzugehen, die weit hinter ihren früheren Maximalforderungen zurückbleiben müssen, während ihre Rhetorik zumeist deutlich moderater wird.

Dies wird für Rechtspopulisten vor allem dann zum Bumerang, wenn in einem Land die Erwartungshaltung vorherrscht, dass auch noch der kleinste Funktionär einer Regierungspartei die Kompromisslinie der gesamten Koalition unterstützen muss. Die Folge ist meist ein massiver Glaubwürdigkeitsverlust bei den eigenen Anhängern, die erkennen, dass die Rechtspopulisten nun selbst Teil der «politischen Klasse» geworden sind und sich nicht zuletzt darum bemühen, möglichst viele Parteigänger im Staatsapparat unterzubringen.

In der Schweiz hingegen sind die Rahmenbedingungen für dauerhafte Erfolge eines rechtspopulistischen Akteurs weitaus besser als im übrigen Europa. Und die SVP versteht es durchaus, dies in ihrem Sinne zu nutzen.

So erlaubt die schweizerische politische Kultur eine vergleichsweise starke Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Parteiebenen. Nicht die «ganze Partei» wechselt in die Regierung, sondern immer nur einzelne ihrer Repräsentanten. Mangels eines Koalitionsvertrags ist nicht einmal die Parlamentsfraktion der SVP gezwungen, eine Kompromisslinie zu entwickeln oder gar ihren Stil grundlegend zu verändern.

Parteilinie kompromisslos verfolgt

Die SVP kann es sich bisweilen sogar erlauben, in Widerspruch zu Christoph Blocher zu treten, so etwa im Referendumskampf zur Personenfreizügigkeit. In anderen europäischen Staaten würde dies eine Regierungskrise heraufbeschwören, die Toleranzschwellen für innerparteiische Differenzen liegen dort wesentlich niedriger. Während Blocher im Bundesrat ausloten muss, für welche SVP-Positionen er dort Verbündete finden kann, steht es den Parteifunktionären frei, kompromisslos die seit Jahren eingespielte Parteilinie zu verfolgen.

Dort, wo es Blocher gelingt, den SVP-Positionen zumindest teilweise zum Durchbruch zu verhelfen (wie etwa beim Asyl- und Ausländergesetz), da verzichtet die Partei auf polemische Kampagnen, die die Wähler von FDP und CVP verschrecken könnten. In Fragen jedoch, in denen die SVP in Regierung bzw. Parlament weit gehend alleine da steht und die es ihr deshalb ermöglichen, die «Wir/Die anderen»-Konfliktlinie zu reproduzieren, wählt sie nach wie vor die Strategie rechtspopulistischer Fundamentalkritik an den «anderen».

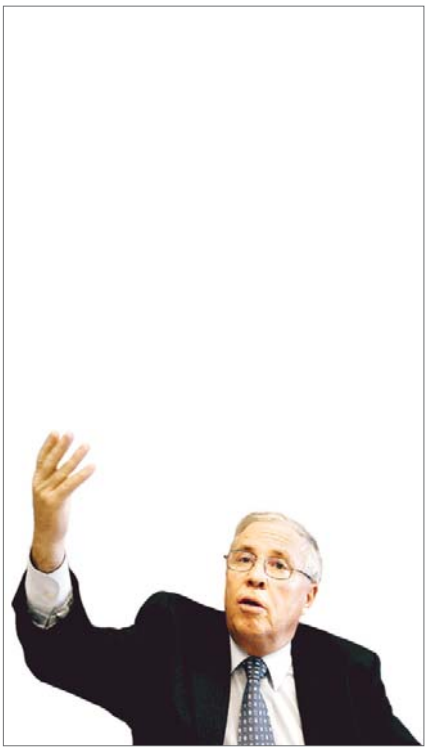
Der SVP kommen hier vor allem die im europäischen Vergleich einzigartigen Möglichkeiten der Referendumsdemokratie zugute, in deren Rahmen sie primär auf solche Themen setzt, die ihr in Abstimmungskämpfen eine möglichst grosse Profilierung erlaubt. Das zeigte sich etwa bei den Referenden zur erleichterten Einbürgerung der 2. und 3. Generation, zu den Schengen/Dublin-Abkommen oder zum Osthilfegesetz.

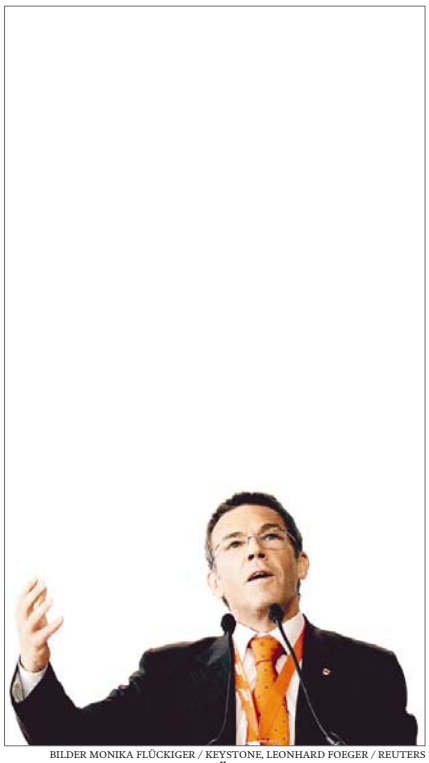
Nicht von Vertrauensverlust bedroht

Unter den rechtspopulistischen Parteien in Europa ist die SVP nicht nur die erfolgreichste, sie ist gewissermassen auch die «protestantischste». Sie hat ihre zentralen politischen Positionen in den letzten Jahren kaum verändert. Und sie hat ihren Wählern auch keine unhaltbaren Versprechungen gemacht. Dies führt dazu, dass die SVP bislang nicht von einem Vertrauensentzug seitens ihrer Sympathisanten bedroht ist.

Dass eine Regierungspartei in der Schweiz nur einen vergleichsweise geringen Zugriff auf staatliche Ressourcen hat, macht es den SVP-Funktionären recht leicht, «aufrichtig» zu bleiben. Das gleich bleibend hohe Engagement der SVP in den Abstimmungskämpfen führt zudem zu einer relativ starken Einbindung der Parteibasis und zu der stetigen Ermahnung, sich von diesen Teilerfolgen nicht blenden zu lassen.

Bei der 2007 anstehenden Nationalratswahl wird die SVP ihren Stimmenanteil möglicherweise nicht mehr ausbauen können. Vielleicht wird die Partei sogar leichte Verluste erleiden. Was in der schweizerischen Binnenperspektive als grosser Misserfolg interpretiert werden dürfte, relativiert sich im europäischen Massstab jedoch deutlich. Dauerhaft Wahlergebnisse von weit über 20% zu erreichen und den politischen Diskurs eines Landes entscheidend mitzuprägen, davon sind die allermeisten Vertreter des europäischen Rechtspopulismus derzeit noch meilenweit entfernt.





BILDER MONIKA FLÜCKIGER / KEYSTONE, LEONHARD FOEGER / REUTERS

Der Erfolg macht den Unterschied: SVP-Frontmann Christoph Blocher und BZÖ-Star Jörg Haider

Harte Zeiten für Österreichs Rechtspopulisten

Es wird eng am rechten Rand. FPÖ und BZÖ werden in den nächsten Jahren einen erbitterten Verdrängungswettbewerb führen.

Von **Oliver Geden**

Bei der Nationalratswahl am 1. Oktober hat das österreichische Rechtsaussenlager seinen Stimmenanteil beträchtlich steigern können. Die FPÖ erreichte 11,2 Prozent (nach 10 Prozent im Jahr 2002). Das erst im April 2005 unter der Führung des früheren FPÖ-Chefs Jörg Haider von den Freiheitlichen abgespaltene Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) konnte bei seinem erstmaligen Antreten immerhin 4,2 Prozent der Wählerstimmen gewinnen, was knapp für einen Einzug ins Parlament reichte.

Mit einem Erfolg des BZÖ hatte im Vorfeld kaum ein Beobachter gerechnet, da dessen Profil über lange Zeit sehr blass geblieben war. Haider hatte bei der BZÖ-Gründung zwar alle freiheitlichen Minister und Staatssekretäre sowie einen Grossteil der Parlamentsfraktion zum Übertritt in die neue Partei überreden können, jedoch mit Kärnten nur einen einzigen der neun Landesverbände.

Die FPÖ begann nach einer kurzen Konsolidierungsphase, die neu gewonnenen Freiheiten einer Oppositionspartei konsequent zu nutzen. Sie schloss mit rechtspopulistischen Attacken gegen Ausländer und «die da oben» schnell wieder an die erfolgreiche Strategie der Neunzigerjahre an, die den Freiheitlichen auf ihrem Höhepunkt im Jahr 1999 fast 27 Prozent der Wählerstimmen eingebracht hatte – bevor sie als Regierungspartei reihenweise Wahlniederlagen einzufahren begann.

Das BZÖ hingegen musste sich auch weiterhin an den kaum wahrnehmbaren Erfolgen seiner Regierungsmitglieder messen lassen. Es wurde im ersten Jahr nach seiner Gründung vor allem als wenig durchsetzungsfähiges Anhängsel der den Bundeskanzler stellenden Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wahrgenommen. Doch dies begann sich mit der Bestellung des ehemaligen FPÖ-Spitzenpolitikers Peter Westenthaler zum BZÖ-Vorsitzenden zu ändern. Zwar war es dem BZÖ als Regierungspartei nicht möglich, gegen die «politische Klasse» zu agitieren. Stattdessen versuchte Westenthaler im Wahlkampf aber, den FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache in der Ausländerpolitik rechts zu überholen, etwa mit der Forderung, binnen kurzer Zeit 300 000 Ausländer aus dem Land zu verweisen.

Wiedervereinigung nicht in Sicht

Der von BZÖ und FPÖ im Wahlkampf betriebene Überbietungswettbewerb in puncto Ausländerfeindlichkeit dürfte sich infolge des Parlamentseinzugs beider Parteien in den nächsten Jahren weiter fortsetzen, zumal eine Wiedervereinigung von FPÖ und BZÖ derzeit nicht in Sicht ist. Das «Geschäft mit der Angst» (wie es der BZÖ-Staatssekretär Eduard Mainoni in einem kurz vor der Wahl veröffentlichten Interview offenherzig nannte) gilt beiden Parteien als äusserst lukrative Angelegenheit. Da sich nun auch das BZÖ in der Opposition wiederfindet, wird es schon bald auch auf einen populistischen Kurs «gegen das Establishment» einschwenken.

Österreich droht in den kommenden Jahren eine politische Konstellation, die jener in den Neunzigerjahren stark ähnelt: auf der einen Seite eine wie gelähmt wirkende grosse Koalition, der auf der anderen Seite eine Opposition gegenübersteht, in der die lautstarken Rechtspopulisten die sachorientierten Grünen deutlich übertönen werden.

Die mittelfristigen Wahlchancen von FPÖ und BZÖ werden jedoch dadurch geschmälert, dass es wohl nicht ausreichen wird, einzig gegen «die Ausländer», «die Politiker» oder auch gegen «Brüssel» zu agitieren. Der langfristige Erfolg einer rechtspopulistischen Partei gründet sich stets auch darauf, glaubhaft für sich beanspruchen zu können, als einzige Gruppierung «authentisch» die Interessen der «schweigenden Mehrheit» zu vertreten.

Die Existenz eines ähnlich profilierten Mitbewerbers dürfte FPÖ und BZÖ deshalb in den nächsten Jahren dazu verführen, einen grossen Teil ihrer Ressourcen darauf zu verwenden, die jeweils andere Partei erbittert zu bekämpfen, um diese endgültig von der politischen Bühne zu verdrängen. Die weitaus besseren Chancen, einen solchen «Bruderkrieg» zu überleben, liegen derzeit wohl eher bei der FPÖ.

Oliver Geden arbeitet bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einer in Berlin ansässigen Forschungs- und Beratungseinrichtung von Deutschem Bundestag und Bundesregierung. Im September erschien seine Studie «Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung» (VS Verlag, Wiesbaden).